

# Die deutsche Frage

## LEITFADEN

für die Vertriebenen-  
Flüchtlings- und  
Kriegsgeschädigten-  
ausschüsse

Aus dem Inhalt:

Zur Rede Herbert Wehner: „Es geht um die Nation“

Eine Bilanz der Gespräche zwischen SPD-Präsidium und Landsmannschaften

Lastenausgleich beschleunigt durchzuführen

## INHALT

	Seite
1. Es geht um die Nation . . . . .	3
Eine Stellungnahme zur Rede Herbert Wehnert	
2. Verheißungsvoller Anfang . . . . .	16
(zu den Gesprächen mit den Landsmannschaften)	
Gert Koegel	
3. Der Abstimmungskampf in West- und Ostpreußen 1919—1920 . . . . .	23
(Erinnerungen eines Teilnehmers)	
Dr. Albrecht von Holtun	
4. Volk ohne Heimat . . . . .	26
Bruno Kuster, Genf	
5. Lastenausgleich beschleunigt durchführen! . . . . .	27
Richard Reitzner, MdB	
6. Verzögerungen im Wohnungsbau für Flüchtlinge . . . . .	30
Julius Brecht, MdB	

Herausgeber:

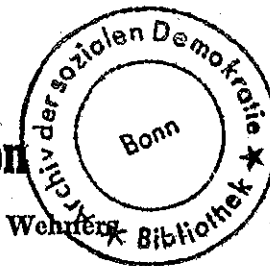
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn  
Friedrich-Ebert-Allee 170.

Redaktion: Hans Stephan

Druck: Oberpfälzisch-Niederbayerische Verlagsdruckerei GmbH., Regensburg.

## Es geht um die Nation

Eine Stellungnahme zur Rede Herbert Wehnert



Die außenpolitische Debatte des 30. Juni 1960 wird — soviel kann heute schon ohne Übertreibung gesagt werden — in die Geschichte der jungen deutschen Demokratie eingehen. Das weltweite Echo beweist, wie wohl-tuend sich Ton und Inhalt von den — leider — üblichen sonstigen Debatten abhoben. Hierbei ging es, vielleicht zum ersten Mal im Nachkriegsparlament, nicht um Parteipolitik, nicht um Wahlmanöver mit einem Seitenblick auf die Bundestagswahl 1961. Gewiß, es fielen harte Worte, es blieb ein gewisses, erklärliches Mißtrauen. Aber es kam nicht zu dem gewohnten Scheibenschießen auf den politischen Gegner, in dem man — zum Nachteil der Demokratie — in Deutschland einen persönlichen Feind zu sehen sich angewöhnt hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist herausgetreten aus der Rolle des Nein-Sagers, in die die Regierungsparteien sie versucht hatten zu drängen. Von tiefer Sorge um das Schicksal der Nation bewegt, trat sie mit Vorschlägen hervor, die in den Auseinandersetzungen der Zukunft nicht mehr vom Tisch zu fegen sind. Es geht ihr, wie wir im einzelnen noch sehen werden, nicht um das Durchsetzen ihrer eigenen



Ideen. Es geht ihr vielmehr um das gemeinsame Suchen und Finden eines Weges, an dessen Ende die geeinte Nation aller Deutschen steht. Es geht ihr um eine neue außenpolitische Konzeption, die mit der Hilfe aller demokratischen Kräfte das deutsche Problem, die deutsche Frage der Weltöffentlichkeit immer wieder und wieder zu Bewußtsein bringt.

### Keine Kapitulation

Man mag diese Politik ‚gemeinsame Außenpolitik‘ nennen. Sie ist aber auf keinen Fall so gedacht, daß der eine Partner — in diesem Fall die SPD — bedingungslos zu der von den Regierungsparteien getragenen Politik Ja und Amen sagt. Die SPD verlangt vielmehr, daß alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien über den eigenen parteipolitischen Zaun hinwegspringen, wie sie selbst es schon getan hat. Es geht ihr im Moment um eine gemeinsame Bestandsaufnahme, um die Klärung der Frage: „Wo stehen wir, was ist bisher an Positivem erreicht worden, was von diesem Positiven kann für den weiteren Weg zum gemeinsamen Ziel übernommen und ausgebaut werden?“ Als letztes ist schließlich die Frage zu klären, welche neuen Schritte mit gemeinsamen Anstrengungen unternommen werden können und — das ist das wichtigste — unternommen werden müssen, um der festgefahrenen Außenpolitik neuen Auftrieb zu geben.

Bundeskanzler Adenauer sagte zu Beginn dieses Jahres in Berlin: „In den tragenden Fragen, von denen die Zukunft unseres Volkes und die Zukunft Europas abhängt, zum Donnerwetter, da müssen wir schließlich einer Meinung sein!“ Damit hat der Bundeskanzler absolut recht, und das Beispiel der gemeinsamen Politik des Berliner Abgeordnetenhauses beweist, daß eine solche Politik durchführbar und fruchtbar ist.

Herbert Wehner beschloß seine aufsehenerregende Rede anlässlich der Debatte zwar mit anderen Worten, aber im gleichen Sinn:

„Das geteilte Deutschland kann nicht unheilbar verfeindete Christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen!“

### Das Ziel: Wiedervereinigung

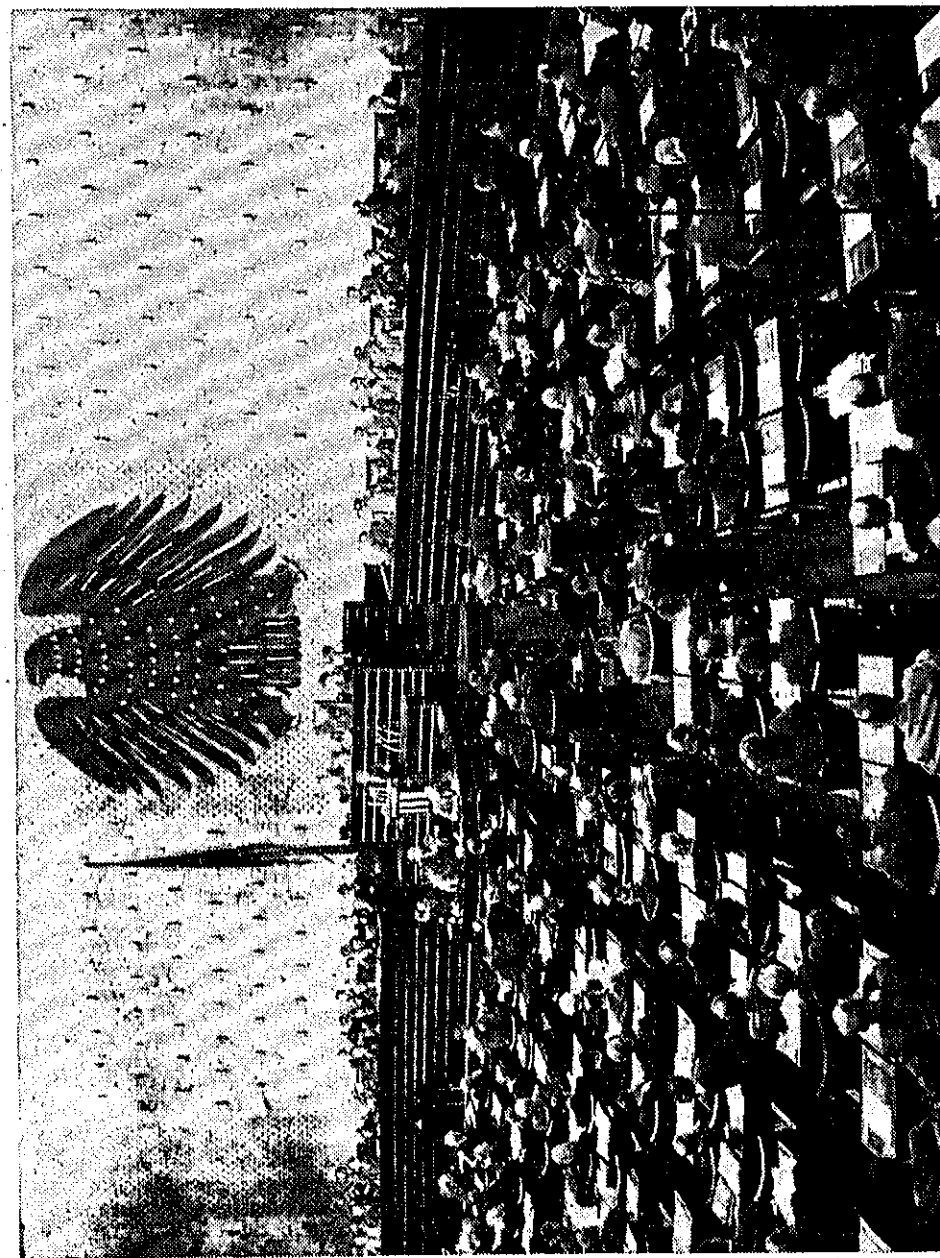
Entscheidend bei kommenden Auseinandersetzungen ist die Tatsache, daß sich alle verantwortlichen Kräfte jetzt schon über das Ziel einig sind. Das Ziel ist und bleibt die Wiedervereinigung in Freiheit mit friedlichen Mitteln. Und es besteht kein Zweifel daran, daß jeder Staatsbürger in allen nationalen Fragen nur den einen Wunsch hat — die Parteien mögen einen gemeinsamen, erfolgversprechenden Weg finden.

Oder, wie ein weitverbreitetes Massenblatt es ausdrückte:

„In dieser Situation gibt es keine andere Wahl, als diejenige: enger zusammenrücken, den parteipolitischen Streit zu begraben und sich zu gemeinsamen Widerstand zusammenschließen.“

Es ist das Verdienst der Opposition, insbesondere dasjenige der SPD und ihres Sprechers Herbert Wehner, daß sie diese Notwendigkeit erkannt und als erste die Brücke über den Graben geschlagen hat, der die Parteien bisher trennte.“

Ein begrüßenswertes Resultat hat die Debatte sofort erbracht. Sie hat klargestellt, daß es mehr Punkte der Übereinstimmung als Punkte der



Bonn: Bundesthaus. Blick in den Plenarsaal

Trennung gibt. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, hat sie aufgezählt:

1. Aus einer Zweiteilung Deutschlands darf keine Dreiteilung werden; Berlin muß unbedingt beim Bund bleiben;
2. das deutsche Volk hat sich gegen die Diktatur und für die westliche Gemeinschaft entschieden;
3. die verantwortungsbewußten Kräfte in unserem Volk wenden sich gegen jede Form des Kommunismus, insbesondere auch gegen die sowjetische Deutschlandpolitik;
4. wir müssen alles tun, um das Los der 17 Millionen Landsleute in der Zone erleichtern zu helfen, und wir müssen uns um neue Ansätze zur Lösung der deutschen Frage bemühen;
5. die Bundesrepublik darf nicht dazu beitragen, daß das nichtkommunistische Europa gespalten wird;
6. so sehr es notwendig ist, Sicherheit zu schaffen, so energisch muß zur Sicherheit des Friedens in der Welt beigetragen werden.

Herbert Wehner sagte eingangs der Debatte:

Gleichviel, was auf den verschiedenen Seiten unseres Hauses von dieser Debatte erwartet wird, ich glaube, diese Debatte kann eigentlich nichts anderes sein als eine hoffentlich im Positiven bemerkenswerte Etappe im Ringen um das höchst-erreichbare Maß an Übereinstimmung bei der Bewältigung der deutschen Lebensfrage.

Diese Übereinstimmung — das sei gleich am Anfang festgestellt — kann und wird nun nicht so aussehen, daß die eine Seite bedingungslos und ohne Besinnen die Meinung der anderen annehmen und zu der ihren macht. Das gilt wechselseitig für alle Parteien. Es ist auch klar, daß eine schließlich in Aussprachen gewonnene Übereinstimmung nicht gleich morgen erzielt werden wird. Dazu schwingen in allen Bestrebungen und Erwägungen noch zu stark die Gefühle und Gedanken mit, die während des bisherigen, jahrelangen Weges unserer Demokratie geprägt worden sind.

#### Aufbruch zum neuen Weg

Vor allem aber darf der Aufbruch auf den neuen, gemeinsamen Weg nicht durch das Gepäck der Vergangenheit belastet sein. Die Zeit ist zu ernst, die Anliegen sind zu dringend, als daß unnötige Spannen mit einem völlig unnützen Aufrechnen alter, längst zu den Akten gelegter Konten vertan werden dürfen. Die Ereignisse zwingen heute alle verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte, den Blick nach vorn zu richten.

Allerdings schien manchen Kreisen — nicht nur des Inlands — der Appell der Sozialdemokraten nach einer Übereinstimmung, nach einer Gemeinsamkeit als ein Wurf mit der Wurst nach der Speckseite, nach einem Fang von Wählerstimmen im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl.

Der Herr Bundesminister für Verteidigung, Strauß, hat den Wunsch der Sozialdemokraten nach einer gemeinsamen Außenpolitik als einen bemerkenswerten Schachzug im Ringen um die Stimmen für die Bundestagswahl im kommenden Jahr bezeichnet.

Nun, das Ringen um Wählerstimmen ist das legitime Recht, ja die Pflicht jeder demokratischen Partei. Allerdings heiligt in diesem Bereich nach Ansicht der Sozialdemokraten nicht der Zweck die Mittel. Es geht in der augenblicklichen Situation — und auf vorläufig unabsehbare Zeit — nicht um taktische, parteiegoistische Erwägungen. Das geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß der Ruf nach der Gemeinsamkeit in allen Parteien ein Echo, ein positives Echo gefunden hat. Das Streben nach der Mehrheit darf nicht zum Selbstzweck werden, das wäre der Anfang vom Ende der Demokratie. Die Parteien — alle Parteien — haben der Sache zu dienen und nicht sich ihrer zu bedienen. Diese Verpflichtung ist im Grundgesetz fest verankert. Es geht darum, alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik, egal, in welchem Lager sie sich befinden, zu gemeinsamen Bemühungen zusammenzufassen und damit der Lösung der gesamtdeutschen Fragen näherzukommen, ohne Verdächtigungen parteipolitischer Art.

#### Allen Deutschen verpflichtet

Vergessen wir dabei niemals, daß es sich bei dem ganzen Komplex nicht nur um Fragen handelt, die den Bürger und Politiker der Bundesrepublik angehen.

Wir alle, Regierungskoalition und Opposition, sind dem Ganzen verpflichtet. Das, glaube ich, sind wir unseren Mitbürgern in der sowjetisch besetzten Zone schuldig; wir sind es Berlin schuldig, und wir sind es der demokratischen Ordnung bei uns selbst schuldig, die so sein muß, daß sie allen Belastungen gewachsen sein kann.

Mit anderen Worten: die Bundesrepublik steht im Augenblick für das ganze, geteilte Deutschland, da sein abgespaltener Teil, in Unfreiheit lebend, der freien Meinungsäußerung beraubt ist. Die Sozialdemokratische Partei steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes, das sie mitgeschaffen und mitbeschlossen hat. Daraus ergibt sich ihre Stellung und Haltung zum Staat. Das Grundgesetz, von allen Parteien gemeinsam erarbeitet, hat den Auftrag gegeben, den Staat — die Bundesrepublik — einmal in ein Gesamtdeutschland zu überführen, dessen endgültig vom gesamten deutschen Volk in freien Wahlen gebildete Nationalversammlung eine Verfassung zu beschließen hat.

#### Keine Versteifung der eisernen Grenze

Gewisse Kreise der CDU hören heute die Bezeichnung „Provisorium“ nicht mehr gern. Fritz Erler sagte hierzu in der Debatte:

Nicht abwertend, sondern als den einzigen Teil Deutschlands, in dem Freiheit herrscht, als den Teil auch, in dem wir, solange die anderen nicht für sich selbst sprechen können, für alle Deutschen sprechen, haben wir die Bundesrepublik zu betrachten. Sie ist nur insofern ein Provisorium, als wir nach dem Auftrag unserer Verfassung diesen Staat in der Zukunft in das ganze Deutschland einzubringen haben.

Hier wird ein Punkt angesprochen, an dem sich die Geister wohl am schärfsten trennen. Sagte doch im Gegensatz hierzu der Bundesaußenminister in seiner Regierungserklärung:

Die Bundesrepublik ist mehr als ein Provisorium. Sie soll nicht über kurz oder lang aufgelöst oder zu Grabe getragen werden. Die Grundzüge unseres Verfassungsrechts sind gültig in sich selbst und müssen Gültigkeit auch für ein wieder-vereinigtes Deutschland besitzen. Der Verfassungsgesetzgeber



Fritz Erler

hat sie nicht erfunden; er hat sich zu ihnen bekannt und sie darum ratifiziert. Das Ziel der deutschen Politik kann und darf also nur darin bestehen, daß diese Grundsätze in freier Selbstbestimmung anerkannt und bestätigt werden. Darum haben wir ja auch in der Präambel ausgesprochen, daß wir auch für jene Deutschen gehandelt haben, denen mitzuwirken versagt war. In der Bundesrepublik erhalten und verteidigen wir also nicht eine zufällige staatliche Ordnungsform, sondern den endgültigen Ausdruck des staatlichen Ordnungsdenkens des deutschen Volkes. Erhaltung und Sicherung der Bundesrepublik ist also auch eine echte nationale Verpflichtung im besten Sinne des Wortes, der wir uns durch

den Hinweis auf das angebliche Provisorium nicht entziehen können und nicht entziehen dürfen.

Hier geht es um eine ganz gefährliche Entwicklung: um die Entwicklung der Bundesrepublik zum alleinigen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches nicht nur im völkerrechtlichen Sinne — wo diese Behauptung ihren guten Sinn hat —, sondern auch im staatsrechtlichen Sinne — wo sie bereits fragwürdig ist — und schließlich noch im politischen Sinne, wo sie unsinnig und darüberhinaus gefährlich ist. Dieser Punkt muß geklärt werden, er ist ein Angelpunkt der gemeinsamen Bemühungen.

Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat nach der Pariser Konferenz davon gesprochen, in sechs bis acht Monaten könne eine neue Gipfelkonferenz stattfinden. In dieser Frist — die von ihm kaum als Atempause gedacht ist, während der sich die westlichen Verbündeten von ihrem Schrecken erholen können — in dieser Frist also wird einiges geschehen, auf allen Seiten. Die Frist soll und muß aber auch von uns

ausgenutzt werden. Herbert Wehner hat den Begriff der „redlichen Bestandsaufnahme“ geprägt, der für alle Partner gelten soll.

Wir schlagen vor und wir mahnen, die Bundesregierung möge sich der in Wahrheit gefährlich unübersichtlichen Lage gewachsen zeigen und alles in ihren Kräften Stehende tun, um gemeinsam mit den Parteien der Opposition zu prüfen, erstens, was versucht, was in die Wege geleitet und was weitergeführt werden muß, damit wir alle zusammen sicher sein können, daß nicht durch einseitige Maßnahmen der anderen Seite die jetzige Lage im gespaltenen Deutschland noch weiter verschlechtert werden kann — das ganze Volk muß ja das, was sich daraus ergibt, tragen können —, zweitens, was ins Auge gefaßt und in gemeinsamen Bemühungen angestrebt werden muß, damit die deutschen Fragen ungeachtet aller erhöhten Schwierigkeiten in internationale Verhandlungen gebracht werden.

Um diese zwei Dinge geht es den Sozialdemokraten, wenn sie von der außenpolitischen Bestandsaufnahme sprechen. Diese zwei Dinge meinen sie, wenn sie von Bemühungen sprechen, das höchstmögliche Maß von Gemeinsamkeit in der Bewältigung der sich ergebenden Probleme zu erreichen. Es geht ihnen um eins — um die gewissenhafte, durch kein Vorurteil getriebene Prüfung der außenpolitischen Lage und aller Gegebenheiten, die für Deutschland von Bedeutung sind oder werden können. Es geht darum, jede Möglichkeit auszuschöpfen, die deutsche Frage immer wieder und wieder ins Gespräch der internationalen Verhandlungen zu bringen und dafür zu sorgen, daß sie nicht vom Tisch verschwindet.

Es geht — um es noch einmal zu sagen — nicht darum, Vergangenes aufzurühren und darüber zu rechten. Es geht vielmehr, im Interesse Gesamtdeutschlands, darum, an die künftigen Aufgaben mit einer konstruktiven Geisteshaltung heranzugehen, konstruktive Ideen zu entwickeln und durchzusetzen.

Es hilft nichts, unsere Politik gegenüber der Sowjetunion als „hart“ oder als „weich“, je nachdem, wer sie vertritt, zu definieren, oder wenn wir den internationalen Konflikt als „schwarz“ oder als „weiß“ bezeichnen. Unsere Haltung sollte ruhig, entschlossen und wachsam sein, während wir gleichzeitig jede Möglichkeit prüfen, unsere Beziehung zu einem hoffnungsvollen Plan zunehmender Verständigung und wechselseitiger Zusammenarbeit zu verbessern.

An dieser Stelle sei an ein Wort des amerikanischen Außenministers Herter erinnert, der zu Beginn dieses Jahres sagte, 1960 werde ein außenpolitisch ereignisreiches Jahr werden, doch für die Lösung der Probleme würden wahrscheinlich Generationen nötig sein. Mit anderen Worten: Die Situation in der heutigen Weltpolitik ist derartig, daß keine Seite der anderen ihre Lösung aufzwingen kann. Jede Seite der Weltmächte muß mit der anderen rechnen. Um so mehr ist es eine Notwendigkeit der deutschen Außenpolitik, die deutschen Probleme nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir wissen, wie kurz das Erinnerungsvermögen, das Gedächtnis der Völker sein kann und wie groß diese Gefahr für die deutschen Fragen ist.

## Gute Beziehungen zu allen Völkern

Wir alle wissen, daß die Lösung des Problems der Wiedervereinigung in Freiheit nur auf höchster Ebene gelöst werden kann. Vergessen wir dabei nicht die in Gang befindliche Umgruppierung der politischen Machtverhältnisse auf der ganzen Welt. Von Jahr zu Jahr, ja von Monat zu Monat nimmt die Zahl der freien Völker in Afrika und Asien zu. Jede dieser selbständigen Nationen kann Sitz und Stimme im Gremium der Vereinten Nationen erhalten, in dem Gremium, das vielleicht eines Tages über das weitere und damit endgültige Schicksal der deutschen Nation entscheidet. Darum ist es eine Notwendigkeit, zu allen freien Nationen gute Beziehungen zu unterhalten, Beziehungen, hinter denen von deutscher Seite eine einheitliche, feste Haltung auf Grund gemeinsamer außenpolitischer Konzeptionen aller demokratischen Kräfte Deutschlands stehen.

## Die SPD steht zum Westen

Wir führten auf Seite 6 sechs Punkte an, in denen bereits eine Gemeinsamkeit zwischen Regierungs- und Oppositionspartei besteht. Diese Punkte sind, das ist klar, noch kein außenpolitisches Programm. Sie sind aber eine gesunde Basis der Zusammenarbeit. Andererseits hat der Bundesverteidigungsminister vier Voraussetzungen für eine gemeinsame Außenpolitik genannt, vier Fragen, auf die Herbert Wehner eine klare Antwort gegeben hat.

Der Bundesverteidigungsminister sagte:

1. Die Sozialdemokraten müßten gemeinsam mit der CDU anerkennen, daß die europäische Einheit und die atlantische Allianz Voraussetzungen für die Erhaltung der Freiheit und für die Erlangung der deutschen Wiedervereinigung sind.

## Die Antworten der SPD

Herbert Wehner beantwortete diese Frage:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist.

Das heißt: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird immer ein loyaler Bündnispartner sein und bleiben. Es ist nicht das erste Mal, daß durch eine derartige Fragestellung Zweifel an der Vertragstreue eines großen Teils des deutschen Volkes erweckt wird. Derartige Manipulationen mögen für Politik gehalten werden, aber sie sollten endgültig aufgegeben werden, sie erweisen — zumal im Ausland — dem Anliegen des deutschen Volkes keinen guten Dienst.

Ein Prüfstein für die Antwort Herbert Wehners ist doch wohl die Haltung der Sozialdemokraten in Berlin. In den lebenswichtigen Fragen

dieser Stadt gibt es keinen Unterschied zwischen Berlinern schlechthin und sozialdemokratischen Berlinern, und genau so wenig gibt es einen Unterschied zwischen den Berliner Sozialdemokraten und anderen Sozialdemokraten. In Berlin wird seit Jahren das Beispiel vorexerziert — unter Beibehaltung der eigenen, parteipolitischen Ansichten Einigkeit und Gemeinsamkeit in allen lebenswichtigen Fragen, die nur durch eine einheitliche, gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten gelöst werden können.

Der Bundesverteidigungsminister stellte weiter die Forderung auf:

2. Die Sozialdemokratische Partei müsse sich von der alten These distanzieren, daß die Wiedervereinigung nur möglich sei, wenn die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und aus den europäischen Bündnisssystemen ausscheide.

Hierzu Herbert Wehner:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat nicht gefordert und beabsichtigt nicht, das Ausscheiden der Bundesrepublik aus den Vertrags- und Bündnisverpflichtungen zu betreiben. Sie ist der Auffassung, daß ein europäisches Sicherheitssystem die geeignete Form wäre, den Beitrag des wieder-vereinigten Deutschlands zur Sicherheit in Europa und in der Welt leisten zu können.

Dem ist nichts hinzuzusetzen.

Zur dritten Frage des Bundesverteidigungsministers:

3. Die Sozialdemokraten müßten nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat bereit sein, mit den Unionsparteien die Lasten und Bürden der Landesverteidigung zu tragen, gleichgültig wer in der Regierungsverantwortung und wer in der Opposition steht.

Dazu gibt es noch ein Anhängsel, das nicht numeriert ist, sondern sozusagen zwischen der dritten und der vierten Voraussetzung steht:

Die Sozialdemokraten müßten alle irgendwie gearteten Disengagement-Pläne aufgeben.

Herbert Wehners Antwort:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich in Wort und Tat zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundrechte und der Grundordnung und bejaht die Landesverteidigung.

## Die Landesverteidigung

Kenner der Geschichte der Sozialdemokratie wissen, daß die Sozialdemokratische Partei zu den Fragen der Landesverteidigung immer

positiv eingestellt war. Ganz klar ist dieser Punkt auch im Godesberger Programm herausgestellt worden, in dem es heißt:

**Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.**

**Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen.**

Es geht also bei den Auseinandersetzungen um die Unterschiedlichkeit der Auffassungen der Zweckmäßigkeit auf dem Gebiet der Landesverteidigung. Diese Auseinandersetzungen sind im demokratischen Staat legitim. Sie werden parlamentarisch-demokratisch ausgetragen. Aber — und das ist das Wesentliche — bedeutet doch nicht, daß die parlamentarische Opposition weniger verantwortungsfreudig wäre als die Regierung!

Nun zu der Zwischenfrage, ob die Sozialdemokratische Partei bereit sei, allen Disengagement-Plänen abzuschwören. Die Antwort darauf hat der Bundesverteidigungsminister selbst vorweggenommen, und zwar im Oktober 1959. Er sagte damals, nach seiner Rückkehr von einer Kanada-Reise:

Wir Deutschen wollen nicht als Störenfriede auf dem Wege zur Abrüstung erscheinen. Wir halten auch die Abrüstung für ein essentielles Moment auf dem Wege zur Entspannung. Es wäre selbstverständlich unehrlich, zu sagen: Es mag kontrolliert und inspiziert werden auf der Welt, nur nicht bei uns; sondern wir müssen hier das gute Beispiel geben, und wir sind bereit, die Bundesrepublik ganz oder teilweise zu einem Bestandteil einer Kontroll- und Inspektionszone zu machen — das heißt nicht, daß die Kontroll- und Inspektionszone identisch ist mit den geographischen Grenzen der Bundesrepublik —, aber die Bundesrepublik, ganz oder teilweise, zu dem Bestandteil einer Kontrollzone zu machen nach den Vorschlägen, die zwischen den Großmächten vereinbart werden können. Einigen sich die Großmächte nicht, so wäre ein solcher deutscher Vorschlag von sich aus wohl nicht von weltentscheidender Bedeutung. Einigen sich die Großmächte jedoch, so stehen wir nicht durch irgendwelche deutsche Sonderwünsche dieser Einigung im Wege.

Also auch bei dieser Frage gibt es — bei genauerem Hinsehen — Berührungspunkte.

Und nun zur letzten Frage bzw. Voraussetzung des Bundesverteidigungsministers:

4. Die Sozialdemokraten müßten den Begriff des Selbstbestimmungsrechts für ganz Deutschland, d. h. nach freien Wahlen für die Wiedervereinigung, uneingeschränkt anerkennen.

## Das Selbstbestimmungsrecht

Hierzu zuerst ein Satz aus dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

**Internationale Schiedsgerichte, Vergleichsverträge, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung aller Völker, die Unverletzlichkeit der Staatsgebiete und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker sollen den Frieden sichern, den eine Weltorganisation garantiert.**

Zum zweiten aber sei auf den Wortlaut eines Beschlusses des Bundestags vom 1. Oktober 1958 hingewiesen, der einstimmig, also mit den Stimmen der Sozialdemokraten, in Berlin gefaßt wurde:

**Der Deutsche Bundestag erwartet die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands von einem unmittelbaren freien Willensschluß des gesamten deutschen Volkes in seinen heute noch getrennten Teilen, der nach der Beseitigung der nicht in deutscher Zuständigkeit liegenden Hindernisse herbeizuführen ist.**

**Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensschluß des deutschen Volkes ebnet, sobald eine Vereinbarung der Vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat.**

Allerdings — eine wichtige Voraussetzung muß auch von Regierungsseite gegeben sein, um einer gemeinsamen Verpflichtung von Regierung und Opposition gerecht zu werden: die Opposition muß früh — früh genug — Einblick in politische Maßnahmen erhalten. Es geht nicht an, daß die Opposition immer wieder und wieder vor einsame Entschlüsse gestellt wird — möge auch eine Fraktion dahinter stehen —, die dann nur noch der Genehmigung durch die Mehrheit des Parlaments bedürfen. Zur Mitverantwortung gehört auch die gründliche Information, wie sie in anderen Staaten — zum Vorteil der Außenpolitik — schon lange geübt wird.

## Keine Gleichschaltung

Die politische Konstellation ist heute eine wesentlich andere als vor zehn, fünf, drei oder zwei Jahren, sie ist anders als vor einem Jahr. Dieser Konstellation aber muß sich auch die deutsche Außenpolitik anpassen. Es geht der SPD nicht darum, die bisherige Regierungspolitik zu übernehmen, ihre Ansichten denen der Regierungspartei gleichzuschalten. Zur Politik gehören jedoch pädagogisches Einfühlungsvermögen und die Fähigkeit, Fehler der Vergangenheit und Schwächen in positive Werte umzumünzen. Man kann die Geschehnisse von 1952 und 1955 nicht nachvollziehen. Aber gerade die Außenpolitik ist der ungeeigneteste Gegenstand, um sich — auf allen Seiten — dogmatische Klötze ans Bein zu hängen.

## Falsche Überbewertung

In der Debatte und auch in späteren Kommentaren versteifte sich die Regierungskoalition auf eine Überbewertung der militärtechnischen Er-

wägungen. Es geht dabei in erster Linie um die Ablehnung atomarer Massenvernichtungsmittel durch die SPD. Dieser eine Punkt ist geradezu zum Kriterium für die Zuverlässigkeit der SPD hochgespielt worden. Dann aber — und daran scheint keiner der Kritiker zu denken — muß man auch Norwegen und Dänemark als unzuverlässige NATO-Partner bezeichnen, haben doch beide Staaten die Lagerung von amerikanischen Kernwaffen auf ihrem Territorium abgelehnt.

Der Begriff Atomwaffen ist auf politischem Gebiet nicht einmal leicht zu definieren. Es gibt atomare Sprengköpfe und es gibt Trägerwaffen, also Raketen, und unbemannte, lenkbare Flugkörper, die sowohl mit herkömmlichen wie auch mit atomaren Sprengköpfen verschossen werden können. Eine Reihe solcher Trägerwaffen befinden sich schon in der Hand der Bundeswehr. Es handelt sich hierbei einwandfrei um taktische Waffen mit einer Reichweite bis zu fünfzig Kilometern und nicht um strategische Waffen. Die atomaren Sprengköpfe nun wird die Bundeswehr in keinem Falle erhalten, über die verfügen allein die Amerikaner.

Um es ganz klar zu stellen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt die nuklearen Waffen ab, gleichgültig in welchem Besitz und von welcher Herkunft sie sind. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit diesen Waffen lehnt die Partei daher auch nach wie vor ab. Fritz Erler sagte hierzu am 21. Juli 1960:

**Die Ausstattung mit all solchen Geräten läuft auf die Vorbereitung einer atomaren Auseinandersetzung hinaus und nicht auf die Vorbereitung einer Verteidigung für den Fall, daß die Abschreckung versagt. Wir sollten nicht einen Beitrag dazu leisten.**

Hier sei noch einmal auf das Beispiel Norwegens und Dänemarks hingewiesen. Damit wird zugleich der Vorwurf der Regierungsparteien entkräftet, die SPD sei nicht bündnistreu. Die Frage der atomaren Ausrüstung allein kann nicht die Loyalität der Sozialdemokratischen Partei in Frage stellen.

#### **Die SPD bleibt zuverlässig**

Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich ohne Einschränkung zum freien Westen, sie weist alle Zweifel an der Integrität und Loyalität bei der Erfüllung von der Bundesrepublik abgeschlossener Verträge zurück. Der von manchen CDU-Politikern bewußt gepflegte Alpdruck, ein Regierungswechsel in der Bundesrepublik bedeute das Aufhören aller Bindungen zum Westen, erweist sich als ein Schreckgespenst. Die Sozialdemokratie mag — nach einem Wort von Kurt Schumacher — sehr unbequem sein, aber sie ist dafür ein zuverlässiger, der Freiheit und der Demokratie verpflichteter Faktor.

Als Richtschnur für die Zukunft genügen nicht von Polemiken durchwobene Erklärungen, die zwar viel über das Gestern aussagen mögen. Es geht um das Heute, Morgen und Übermorgen. Die festgefahrene Deutschlandfrage muß wieder auf den Tisch der Verhandlungen gebracht werden. Es geht nicht darum, in parlamentarischen Debatten Sieger oder Besiegter zu sein. Es gilt, einen neuen Anfang unter Beteiligung aller demokratischen Kräfte zu finden, jener Kräfte, die das Schicksal der Nation höher veranschlagen als parteiegoistische Ziele.

#### **Die deutsche Krise**

Deutschland befindet sich nach wie vor in der tiefen Krise seiner Teilung. Ein Drittel des deutschen Raumes, die deutschen Ostgebiete, ist zur Zeit von uns getrennt. Der Rest ist zweigeteilt. Berlin befindet sich in permanenter Bedrohung. Unter diesen Umständen kann wohl niemand von einer erfolgreichen deutschen Außenpolitik der letzten acht oder zwölf Jahre sprechen. Wir alle haben es erlebt, daß die Zeit nicht für, sondern gegen uns arbeitet. Die Fronten sind — zumal nach der gescheiterten Gipfelkonferenz von Berlin — verhärteter als je zuvor. Wir dürfen vom Ausland nicht verlangen, daß es sich deutsche Sorgen macht. Wir selber müssen sie uns machen und den anderen immer wieder vortragen. Wir alle müssen einen Beitrag leisten, einen gemeinsamen Beitrag zur Lösung der deutschen Fragen.

Kurt Schumacher schrieb kurz vor seinem Tode:

**Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist nach 1945 von der Idee ausgegangen, ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Dazu war nach ihrer Meinung notwendig, die Zusammenarbeit mit den anderen freiheitlichen Faktoren in der Welt anzustreben, unter keinen Umständen aber die Deutschen in die Position der Unterworfenen sinken zu lassen.**

Diese Zusammenarbeit aber muß doch zuerst hier, im eigenen Volk, in Deutschland verwirklicht werden! Daß der Appell der Sozialdemokraten im Bundestag weder ein Zeichen von Schwäche noch ein wahltaktisches Manöver ist, diese Tatsache hat mittlerweile sogar die CDU eingesehen. Daß die Gespräche über die erste Fühlungnahme bei der Debatte im Bundestag hinaus weiter fortgeführt werden müssen, muß und wird die CDU allmählich einsehen, wenn ihr denn das Schicksal der Nation am Herzen liegt, wenn man ihr das Streben nach Wiedervereinigung glauben soll. Solange aber fühlt sich die Sozialdemokratie berufen, zusammen mit allen der Zukunft zugewandten Kräften Mahner und Wächter, Warner und vorwärtstreibender Faktor in der deutschen Politik zu sein.



# Verheißungsvoller Anfang

(zu den Gesprächen mit den Landsmannschaften)

Von Gert Koegel

Der klassische Diplomat ist ein Mann, der mit möglichst vielen Worten möglichst wenig sagt. Diese Art klassischer Diplomatie ist heute nicht mehr gefragt. Täglich lesen und hören wir heute von Noten und Reden, die an Offenheit sich nicht überbieten lassen. Aber es handelt sich hierbei immer um eine einseitige Offenheit, die die — angeblichen oder tatsächlichen — Fehler und Versäumnisse des Adressaten ins grelle Licht der Öffentlichkeit zerren, um das eigene Verhalten mehr oder weniger dahinter zu verschleiern. Die andere Seite aber tut das Gleiche, nur mit umgekehrtem Vorzeichen.

Um so höher und wertvoller sind die Gespräche zu werten, die vom Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit einigen Landsmannschaften und der Deutschen Jugend des Ostens seit Beginn dieses Jahres geführt worden sind. Hier fanden freie und offene Aussprachen statt, fern aller Diplomatie. Da wurden die Dinge beim Namen genannt, auch wenn sie beim Hinblick auf die politische Situation heiße Eisen darstellten und darum von anderen Stellen so gerne als Tabu umgangen werden. Das hervorstechende Merkmal dieser Gespräche aber war, daß diese Offenheit und Freimütigkeit von beiden Gesprächspartnern geübt wurde, egal, wer der jeweilige Gast der SPD war.

## Das Gespräch mit der Landsmannschaft Ostpreußen

Es ging bei diesem Gespräch, das am 13. und 14. Januar in der Heimvolkshochschule Bergneustadt stattfand, wie bei allen anderen Gesprächen um die Probleme der Wiedervereinigung und um die Fragen der deutschen Ostpolitik. Es ging weiter bei allen Gesprächen um die Klärung des eigenen Standpunktes, um das Herausarbeiten der gemeinsamen Auffassungen, um das Erwecken des Verständnisses des Gesprächspartners für die eigene Meinung und Ansicht.

In Anwesenheit von Erich Ollenhauer hielten der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Dr. Alfred Gille und Herbert Wehner die einleitenden Referate. Dr. Alfred Gille umriß mit seinen Ausführungen die Legitimation der Landsmannschaft zur verantwortungsbewußten Mitarbeit bei der Lösung aller Fragen, die die Rückgewinnung der jetzt von den Sowjets und Polen besetzten Heimatgebiete berühren. Er betonte mit Nachdruck, daß der Bereich der verantwortlichen Zuständigkeit der freigewählten deutschen Volksvertretung und der Regierung damit in keiner Weise berührt wird. Die Ansprüche, führte Dr. Gille aus, stützten sich ausnahmslos auf das Völkerrecht, Gewaltlösungen liegen außerhalb aller Erwägungen. Die politischen Zielsetzungen zu einem wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenschluß Europas werden von den Vertriebenen bejaht, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Zusammenschluß Gesamteuropas und nicht westliche Teillösungen angestrebt werden. Ausführlich ging der Sprecher auf die polnische Argumentation zur Frage der ostdeutschen Grenze ein. Er unterstrich hierbei ebenso die entscheidende Bedeutung einer umfassenden Arbeit zur Auf-

klärung der Öffentlichkeit in Westdeutschland wie in der ganzen freien Welt über die Vertriebenenprobleme. Dr. Gille betonte, daß Einmütigkeit darüber bestehen müsse, daß eine Abtrennung deutscher Länder ohne die Zustimmung der davon betroffenen deutschen Bevölkerung ein eklatanter Bruch des geltenden Völkerrechts sein würde. Unsere westlichen Verbündeten müßten dringend veranlaßt werden, den Grundsatz anzuerkennen, daß das allgemein gültige Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen anerkannt werde.

Herbert Wehner wies auf die drohende Gefahr hin, daß sich unter den Großmächten unter Umständen eine Verständigung auf deutsche Kosten anbahnen könne. So sehr man eine echte europäische Zusammenarbeit begrüßen könne, so ernst habe man doch die Gefahren zu nehmen, die darin beständen, daß die Integration deutscher Gebiete hüben und drüben ihrerseits wieder Schwierigkeiten mit sich brächten, die noch getrennten Teile unseres Vaterlandes zusammenzubringen. Unbeirrbar hätten wir alle uns darum zu bemühen, alle echten und tragbaren Möglichkeiten zur Stärkung unseres Anliegens nach allen Seiten wahrzunehmen. Herbert Wehner betonte schließlich, daß seinen Freunden die uneingeschränkte Vertretung unserer deutschen und ostdeutschen Anliegen Herzenssache sei. Man sei erstaunt darüber, daß die für uns schädlichen Erklärungen prominenter ausländischer Stellen zur Frage der ostdeutschen Grenzen von manchen verantwortlichen Kreisen in der Bundesrepublik so schweigsam hingenommen wurden.

Noch zwei weitere prominente Sprecher nahmen zur außenpolitischen Problematik Stellung. Professor Carlo Schmid betonte als Völkerrechtler mit Nachdruck, die Gründung der Landsmannschaft der Ostdeutschen sei das völlig legale Recht der Heimatvertriebenen gewesen. Unter historischem Aspekt müsse Ostpreußen ohne weiteres als deutsches Land anerkannt und gewertet werden. Es sei auch nach dem Völkerrecht die Vertreibung juristisch in keiner Form zu rechtfertigen.

Auch der Abgeordnete Fritz Erler betonte mit Verständnis die völlige Berechtigung der landsmannschaftlichen Arbeit. Auch er hält eine umfassende Aufklärung der öffentlichen Meinung für ein sehr wichtiges, sogar entscheidendes Anliegen.

Zur Frage der völkerrechtlich einwandfreien Fundierung auch des Heimatrechts nahm der ostpreußische Landsmann, der Abgeordnete Reinhold Rehs, eingehend Stellung. Er erinnerte daran, daß ein Verbot der Vertreibung der Menschen und eine Anerkennung des Heimatrechtes sich bereits in der lange vor dem Ersten Weltkrieg angenommenen Haager Landkriegsordnung finde.

Die den Hauptreferaten folgende Aussprache dauerte volle fünf Stunden, und fast alle Mitglieder des Präsidiums der SPD stellten sich ihr zur Verfügung. Dabei erwies es sich, daß es sich nicht um eines der — leider — üblichen, von einer sorgfältigen Regie vorbereiteten Gespräche handelte. Es ergab sich vielmehr eine lebendige und wertvolle Klärung der Standpunkte, bei der die Übereinstimmungen in vielen Punkten ebenso deutlich wurden wie die Unterschiedlichkeiten in anderen Punkten. Erich Ollenhauers Mahnung zu hohem Verantwortungsbewußtsein bei der politischen Behandlung aller angeschnittenen Fragen wird keiner der Anwesenden überhört haben.

Den Mittelpunkt des zweiten Tages, an dem der Bundestagsabgeordnete Rehs den Vorsitz führte, bildete das bedeutsame Referat des Mainzer

Professors Dr. Gotthold Rohde mit dem Thema „Die neuralgischen Punkte im Verhältnis zu Polen“. Professor Rohde vermittelte die größte Klarheit auf allen nur denkbaren Gebieten über die verschiedene Einstellung der Deutschen und der Polen. Er erinnerte an das sehr unterschiedliche geschichtliche und menschliche Leitbild beider Nationen, an die bis heute oft völlig gegensätzliche Beurteilung historischer Ereignisse und vertrat mit Nachdruck den Standpunkt, daß gerade wir uns auch in breiteren Volkskreisen um eine bessere Kenntnis mancher Dinge zu bemühen hätten. Eine Revision der Geschichtsbücher und des Geschichtsbildes überhaupt sei hüben und drüben notwendig. Weiter sei es bedeutsam, mit Klischeevorstellungen, die sich in beiden Ländern gebildet haben, aufzuräumen.

Die Aussprachen haben entscheidend dazu beigetragen, daß von den Teilnehmern aus den Kreisen der Landsmannschaft wie auch der SPD eine Fülle einzelner Gedanken und Anregungen vorgetragen werden konnten. Man hat die Tiefe und den Ernst der deutschen Situation in unsren Tagen verantwortungsbewußt beleuchtet, man hat Meinungsverschiedenheiten keineswegs verkleinert, und man hat sich ehrlich darum bemüht, gemeinsam nach möglichen Wegen zur Lösung unserer Probleme zu suchen. Die Hoffnung, daß diese Begegnung von Bergneustadt nur ein Auftakt für weitere nutzbringende Gespräche und Fühlungnahmen im gesamt-politischen Raum sein wird, ist fest begründet.

### Das Gespräch mit der Landsmannschaft Schlesien

Bei dem Gespräch in der Heimvolkshochschule Bergneustadt, das am 19. und 20. Mai zwischen dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien und dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stattfand, zeigte sich, daß — bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen Aufgabenstellung — ein gemeinsames Ziel die Partner vereint. Es geht darum, wie der stellvertretende Vorsitzender der SPD, Herbert Wehner, es ausdrückte, den Zusammenhalt des deutschen Volkes als Nation zu erhalten. Dann, und nur dann bestehe Aussicht auf Wiedervereinigung und Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete.

Gerade in der jetzigen Situation, nach der von Chruschtschow torpedierten Gipfelkonferenz, komme es darauf an, das Vertrauen in die moralische und nationale Integrität der demokratischen Kräfte unseres Volkes herzustellen und zu erhalten. Es habe sich schon erwiesen, daß das Fehlen dieses Vertrauens in der Vergangenheit die Auseinandersetzung um die Lösung der deutschen Frage ungemein erschwert habe. Vor allem aber bedürfe es dieses Vertrauens, wenn die deutsche Außenpolitik mehr sein solle als ein innenpolitisches Schlaginstrument.

An der Spitze aller Forderungen stehe das Recht auf Selbstbestimmung. Nur die Nation könne jedoch das Selbstbestimmungsrecht für sich durchsetzen, die sich selbst als Nation durchsetzt und dieses Recht für alle Völker voll anerkennt.

Bei den Auseinandersetzungen um den deutschen Osten geht es um ein Gebiet einer 700jährigen deutschen Geschichte. Keine der betroffenen Seiten — Polen und Deutschland — kann der anderen Seite ihre Lösung aufzwingen. Eben darum aber müssen diese deutschen Probleme — darüber waren sich die Anwesenden einig — immer wieder auf internatio-

ner Ebene ins Gespräch gebracht werden. Damit ist zugleich ein Thema angeschnitten, das allen um die Lösung der Probleme Bemühten die größte Sorge bereitet — die völlig ungenügende Öffentlichkeitsarbeit. Die Schuld daran tragen z. T. die Vertriebenenorganisationen selbst. Sie befanden sich — bisher jedenfalls — in einer gewissen Isolierung, die ihrer gerechten Sache wenig förderlich war, ja die ihr sogar schadete. Das Gespräch mit der Landsmannschaft Schlesien war ein Schritt aus dieser Isolierung heraus. Die Aufklärungsarbeit über das Wesen und die Problematik der deutschen Ostgebiete, die einzig und allein ein gesamt-deutsches Problem darstellt, muß jedoch im In- und Ausland intensiviert werden. Minister Schellhaus, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, wies darauf hin, daß der Millionenpropaganda des Ostens von westdeutscher Seite nichts entgegengesetzt werde. Er verlangte die Einsetzung von Ostattachés bei den Botschaften der wichtigsten Länder, wirklich Kenner der Lage, die aufgrund des Selbstbestimmungsrechts für alle Menschen im Ausland immer wieder die deutsche Frage ins Gespräch bringen.

Aber auch in der Bundesrepublik selbst müsse die Aufklärungsarbeit verstärkt werden. Was z. B. weiß der einheimische Bundesbürger von den tschechischen und polnischen Ansprüchen auf Schlesien während des 19. und 20. Jahrhundert? Professor Dr. Birke vom Herder-Institut Marburg befaßte sich eingehend mit diesem Thema.

Besonders interessant war die verschiedenartige Stellungnahme der Gesprächspartner zur Frage der Aufnahme von Beziehungen zu Ländern des Ostblocks. Dabei zeigte sich, daß schon die verallgemeinernde Bezeichnung „Ostblock“ einen grundsätzlichen Fehler enthält. Der Westen muß lernen, daß er — zumindest zwischen Polen, der Tschechoslowakei und auch Ungarn — unterscheidet. Die Bundesrepublik kann nicht erwarten, daß ihr Standpunkt, der auf klaren, völkerrechtlich einwandfreien Voraussetzungen beruht, wie Dr. Dohms anhand zahlreicher Zitate bewies, in diesen Ländern überhaupt zur Kenntnis genommen wird, wenn sie diesen Standpunkt durch ihre Vertreter nicht zur Sprache bringt. Aus diesem Grunde sind die Vertreter der SPD für die Aufnahme der Beziehungen, während die Vertreter der Landsmannschaft anscheinend befürchten, dieser Schritt enthalte zugleich ein Zugeständnis.

Eine Tatsache aber schälte sich auch bei dieser Begegnung heraus — die die gleiche Zielsetzung haben, wissen noch zu wenig voneinander. Beide jedoch lieben ihr Volk, beide gemeinsam müssen die Lösung der Probleme in Angriff nehmen. Es geht nicht darum, den anderen von der eigenen Ansicht zu überzeugen, sondern sich gegenseitig zu helfen und voranzubringen. Es wird keine Lösung in einem Akt geben, aber durch gemeinsame Arbeit im friedlichen Kampf kann Schritt für Schritt das Ziel, das noch in weiter Ferne liegt, erreicht werden.

### Das Gespräch mit der Deutschen Jugend des Ostens

Um das gemeinsame Ziel ging es auch bei dem Gespräch zwischen Mitgliedern des Parteipräsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Bundesführung der Deutschen Jugend des Ostens am 25. und 26. Mai in Bergneustadt. Es war ein weiterer Schritt vorwärts in dem Bemühen, mit allen an der Lösung der deutschen Frage aus innerster Verantwortung beschäftigten Menschen ins Gespräch zu kommen, Ge-

meinsamkeiten herauszuarbeiten und sich so dem erstrebten Ziel zu nähern.

Herbert Wehner betonte in seinem Einleitungsreferat, daß Gegensätze an sich nicht schaden, wohl aber dann, wenn sie auf konservierten Vorurteilen und der Vorstellung beruhen, politische Gegnerschaft sei zugleich Feindschaft. Gerade heute komme es darauf an, bei unterschiedlichen Partnern über die beiderseitigen Vorstellungen hinweg zu einer Art Vertrauensverhältnis zu kommen. Es kann schon ein Gewinn für die Sache sein, die Motive des Partners zu verstehen.

Um das Vertrauen geht es auch, betonte Wehner, bei der seit 1956 immer wieder erhobenen Forderung der Sozialdemokraten, Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks aufzunehmen. Das deutsche Verhältnis zum Westen scheint geordnet zu sein. Aber auch das Verhältnis zum Osten muß geordnet werden, selbst wenn es schwierig und kompliziert erscheint. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß unsere Bündnispartner uns entlasten, Wir selbst müssen jetzt mit einer redlichen, gründlichen und gewissenhaften Bestandsaufnahme beginnen, um die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Es war überraschend zu hören, in wie vielen Punkten die Gesprächspartner übereinstimmten. So ist es nach den Worten des Bundesführers der DJO, Ossi Böse, eine der wichtigsten Aufgaben der jungen Generation, ein neues Verhältnis zu den Ostvölkern zu finden. Darum ist die DJO auch bestrebt, mit den Jugendorganisationen der Ostblockländer ins Gespräch zu kommen. Zugleich aber sind sich die Angehörigen der DJO — von denen 30 Prozent einheimische Jugendliche sind! — darüber klar, daß sie in der Bundesrepublik selbst um Verständnis und Vertrauen werben müssen. Böse nannte als Grundsatz der Jugendarbeit seiner Organisation die Überwindung des Nationalismus und die Erziehung zu einer demokratischen Nationalidee, die für die eigene Nation nicht mehr begehrt, als sie den anderen zu gewähren bereit ist.

In der äußerst lebhaften Diskussion, die von Waldemar von Knoeringen geleitet wurde, standen Fragen des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts im Mittelpunkt. Aufschlußreich waren die Erfahrungen der Vertreter der DJO, daß die ernsthaft nachdenkende Jugend — und nur auf sie kommt es an — unter dem Begriff Freiheit nicht Zügellosigkeit versteht. Sie sucht vielmehr eine Bindung, die Bindung in Freiheit allerdings.

Beide Gesprächspartner erkannten die Verschiedenartigkeit der jeweiligen Aufgabenstellung ihrer Organisationen an, beide fanden aber auch überwiegend Gemeinsames und kaum Trennendes. In dem Streben nach einem gemeinsamen Ziel — der Wiedervereinigung und Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im friedlichen Kampf — sind sie sich einig. Und beide haben den ehrlichen Willen, über Trennendes hinweg den Weg zur Zusammenarbeit zu finden.

Auch dieses Gespräch war ein Anfang, ein vielversprechender Anfang allerdings. Der Vorschlag Erich Ollenhauers, einzelne, die Jugendlichen besonders interessierende Fragen bei weiteren Gesprächen zu behandeln, wurde lebhaft begrüßt.

### Das Gespräch mit der Landsmannschaft Pommern

Das vierte Gespräch, das vom Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Vertretern der Vertriebenenverbände veranstaltet

wurde, fand mit der Landsmannschaft Pommern statt. Auch diese Begegnung zeichnete sich, wie alle vorangegangenen, durch Offenheit, Sachlichkeit und durch das Bemühen aus, Gemeinsames zu betonen, Vorurteile aufzubauen und jene Wegstrecke zu entdecken, auf der sich bei aller Unterschiedlichkeit bestehender Auffassungen die staatstragenden demokratischen Kräfte finden können. Heute kommt es, wie Herbert Wehner es ausdrückte, auf die Bewahrung des inneren Zusammenhaltes der Nation an, wenn wir als Volk für die Stürme der kommenden Jahre gewappnet sein wollen. Das deutsche Volk ist wie kein anderes der Gefahr innerer Selbstzerfleischung ausgesetzt. Wer ihr nicht widersteht, sät die Saat der gegenwärtigen Machthaber von Pankow.

Es gab in der lebhaften, von tiefem Ernst getragenen Diskussion niemanden, der dem widersprach, auch nicht der Erkenntnis, daß das deutsche Volk der Wiedervereinigung nur näher kommen kann bei der Ordnung seiner inneren Verhältnisse, die sich an den Postulaten der Demokratie orientiert. Die Glaubwürdigkeit der jungen deutschen Demokratie darf nicht in Frage gestellt werden, auch nicht ihr Bemühen, das für sich geforderte Recht auf Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes auch für andere Völker gelten zu lassen. Gerade darüber wußte ein Vertreter der Landsmannschaft, kürzlich von einer längeren Reise aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, Eindrucksvolles zu sagen. Das friedliche Ringen um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Heimat findet Widerhall und Unterstützung bei den Freunden des deutschen Volkes. Freilich verträgt dieses Ringen keine Belastung durch einen Rückfall in einen engen Nationalismus. Das bezieht sich besonders auf unser Verhältnis zu Polen. Land und Volk Polen genießen eine besondere Achtung in den Vereinigten Staaten, sie haben viele Freunde und der deutsche Politiker wäre schlecht beraten, übersähe er dieses Faktum.

So beherrschte ein Großteil der lebhaften Diskussion die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, besonders mit Polen. Die deutsche Sozialdemokratie hat nach gründlichen Erwägungen schon seit ihrem Parteitag in München in dieser Frage einen klaren Standpunkt bezogen. Man bekam in der Diskussion den Eindruck, der auch bei den früheren Begegnungen mit Vorständen der Landsmannschaften sich schon verdichtete, daß zwar noch manche Bedenken und Befürchtungen, die es noch zu klären gilt, auch bei den Vertretern der Landsmannschaft Pommern gegen einen unmittelbaren diplomatischen Kontakt bestehen, aber die Notwendigkeit doch von niemandem bestritten wird, unser Verhältnis zum Osten ebenso zu ordnen, wie es zum Westen geschehen ist. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeutet ja nicht die Anerkennung des Regimes des oder der betreffenden Staaten. Sie entspringt einfach der Notwendigkeit, auch dort gegenwärtig zu sein, wo um unsere Zukunft, um die Zukunft eines freiheitlichen Deutschlands entschieden wird. Die Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus und um die deutsche Wiedervereinigung als eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Frieden in Europa und in der Welt ist nicht durch Abseitsstehen zu gewinnen; das wäre ein Ausweichen vor der Wirklichkeit. Pankow besitzt in vielen Ländern, die in der Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen werden, wenn auch nicht der Form nach diplomatische Vertretungen. Soll ihm allein das Feld bei der Formung des Deutschlandbildes in diesen Teilen der Welt überlassen bleiben? Damit käme auch, und das wurde von vielen bei dieser Begegnung empfunden,

die Sache der Vertriebenen ins Hintertreffen. Noch sind diese Erkenntnisse nicht Allgemeingut. Sie zwingen sich aber, je mehr Zeit vergeht, immer stärker auf. Morgen werden sie ein Gebot der gesamten deutschen Politik sein.

Explosivstoff, freilich entschärft durch die gegenseitige Offenheit, den anderen anzuhören und zu verstehen, enthielt der zu Pfingsten gemachte Vorschlag des Vorsitzenden der Landsmannschaft Pommern, Dr. Eckert, den Landsmannschaften in Anerkennung der Bedeutung und der Rolle, die ihnen heute in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik zukomme, eine Vertretung im Bundesrat zu gewähren. Diese Idee, über die das letzte Wort gewiß noch nicht gesagt ist, entspricht dem verständlichen Wunsch der Vertriebenenverbände, bei der Gestaltung der deutschen Politik mitzuwirken und ihr Gewicht in die Wagschale der Entscheidungen zu werfen. Dieser Vorschlag wirft jedoch eine Reihe verfassungsrechtlicher und auch rein politischer Bedenken auf, die nicht leicht von der Hand zu weisen sind. Mit einer rein symbolischen Vertretung wäre wohl niemandem gedient. Es könnte auch zwischen den Vertriebenenverbänden zu unerwünschten Spannungen führen. Wie wäre etwa die Stellung der Sudetendeutschen? Ihre Vertretung im Bundesrat müßte zwangsläufig zu außenpolitischen Komplikationen führen. Im Hintergrund würde der Schatten von 1938, der Schatten eines Großreichs der deutschen Nation auftauchen. Wir aber sollten gebrannt sein vor außenpolitischen Hochstapeleien. Außerdem: das Grundgesetz kennt keine Doppelbewertung von Wählerstimmen. Man wird hier andere Lösungen suchen müssen, um das Gewicht der Landsmannschaften stärker zum Tragen zu bringen.

Die deutsche Sozialdemokratie, eine Partei, die alle Schichten und Stämme unseres Volkes in ihren Reihen vereinigt, anerkennt die Sonderaufgaben der Landsmannschaften. Sie sind nicht zu ersetzen, und sie sind heute ein unübersehbarer Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik. Sie respektiert die Tätigkeit dieser Verbände, ist doch in ihnen enthalten, was keine Partei ersetzen kann: die Pflege des Heimatgefühls, der landsmannschaftlichen Verbundenheit — in unserer schnelllebigen Zeit ein Wert an sich — und das Bewußtsein sittlicher und seelischer Werte, auf die ein Volk, das seine Einheit auf einem wahrscheinlich recht langen und schwierigen Weg gewinnen will, nicht verzichten darf. Auf solcher Grundlage kann Loyalität und Vertrauen zueinander gedeihen. Sie sind das Salz einer lebendigen, die schöpferischen Kräfte unseres Volkes wachrufenden und wachsamem Demokratie. Darin liegt der über den Tag hinausgehende Gewinn solcher Begegnungen.

## Der Abstimmungskampf in West- und Ostpreußen 1919 - 1920

(Erinnerungen eines Teilnehmers)

Von Dr. Albrecht von Holtun,  
Vorsitzender des Deutschen Ausschusses für Westpreußen  
im Abstimmungsgebiet

Schon vor dem Zusammenbruch Deutschlands mehrten sich immer mehr die Meldungen, daß die Polen Ost- und Westpreußen als Siegesbeute haben wollten. Ihre Vertreter waren sehr rührig. Wilson und Lloyd George hatten gewisse Zusagen gemacht.

Eine Welle der Empörung ging durch die deutschen Ostgebiete. Alle machten sich zur Abwehr bereit.

Die Polen wollten mehr erreichen, als der zweite Thorner Frieden 1466, der den Zusammenbruch des Deutschen Ordens abschloß, ihnen gegeben hatte. Das ging selbst Lloyd George, wegen der evangelischen Bevölkerung in vielen Teilen Ostpreußens zu weit. So entwickelte sich der Gedanke der Abstimmungen, der Selbstbestimmung.

Nach dem Zusammentreten der Weimarer Nationalversammlung 1919 wurden die Abgeordneten, die in den bedrohten Gebieten gewählt waren, immer energischer in der Abwehr. Die Abgeordneten für Ost- und Westpreußen gründeten mit Parteien und anderen Vertretern im Remter der Marienburg am 27. 5. 1919 den Parlamentarischen Aktions-Ausschuß Nord-Danzig. Die Abgeordneten Julius Gehl (Danzig) und Dr. Paul Fleischer (Berlin und Ermland) übernahmen die Führung. Sitz des Ausschusses war Danzig.

In den Abstimmungskreisen Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg bildeten sich Arbeitsgemeinschaften aller politischen Parteien. Die Führung lag in Marienburg a. d. Nogat.

Die Gegensätze in den Parteien hörten auch jetzt nicht auf. Aber die Schwierigkeiten wurden wegen des Zieles überbrückt. In wichtigen vaterländischen Dingen einigte man sich immer.

Der erste Leiter der Abstimmungsbewegung in Marienburg war Dr. Wiegel. Ende 1919 baten mich alle Parteien aus dem Abstimmungsgebiet Westpreußen, die Leitung zu übernehmen. Nach Tätigkeit beim Generalkommando Danzig unter Dr. Carl Goerdeler, war ich seit 1. 10. 1919 zweiter Geschäftsführer beim Parlamentarischen Aktions-Ausschuß Nord-Danzig. Bei meinem Weggehen nach Marienburg wurde dieser Ausschuß aufgelöst.

Ende Januar 1920 zogen die Besatzungstruppen in die Abstimmungsgebiete Ost- und Westpreußen. Ihr Chef in Westpreußen war Exzellenz Pavia (Italien). Engländer, Franzosen und Japaner standen mit ihm an der Spitze der großen Abstimmungskommission. Die Gebiete wurden

ganz von Deutschland getrennt. Es gab sogar Abstimmungsbriefmarken. Alle Behörden unterstanden der Besatzung. Deutschland und Polen hatten nur einen Vertreter bei der Kommission. Pavia in Marienwerder lehnte sogar den von Deutschland zuerst Genannten ab. Dann kam Landrat Kutter. Er stellte sich beim Kapputsch auf dessen Seite. Berlin berief ihn ab. Als dritter kam, 10 Wochen vor der Abstimmung Graf Baudissin, den die Polen aus seinem Kreis Neustadt (Korridor) als Landrat ausgewiesen hatten. Als Baudissin kam, ging ich von Marienburg nach Marienwerder, damit Abstimmungsleitung und Bevollmächtigter der Reichsregierung in den letzten Wochen engere Fühlung hätten. Der polnische Beauftragte in Marienwerder war Graf Sierakowski (Stuhm).

Das Abstimmungsgebiet Westpreußen war 248 142 Hektar groß, es hatte 165 670 Einwohner. Entscheidend für Deutschland war die große Erinnerung an die Marienburg, den Deutschen Orden und andere Schlösser und Kirchen aus Ordenszeit in den vier Kreisen der Abstimmung östlich von Weichsel und Nogat.

Gefährdet war das Gebiet Westpreußen besonders dadurch, daß im Zentrum der Kreis Stuhm lag. Bei der Volkszählung 1910 hatten hier 40 Prozent der Bevölkerung erklärt, ihre Muttersprache sei polnisch. Wenn alle diese Deutschen mit polnischer Muttersprache und vielleicht noch andere polnisch gestimmt hätten, dann wäre, bei der damaligen Auffassung der Kriegsgegner, die ja allein bestimmten, die Lage sehr ernst gewesen.

Diese Deutschen mit polnischer Muttersprache mußten für uns gewonnen werden. Hier gab es Schwierigkeiten. Das Zentrum, die im wesentlichen katholische Partei, hatte wegen des Glaubens, die Sozialdemokraten wegen der Landarbeiter, immer schon Fühlung mit den Polen gehabt, wenn Unberechtigtes von ihnen verlangt wurde. Es gelang mir nach Widerständen, besonders das Zentrum, das man an der Arbeit gehindert hatte, zu bewegen, sich voll einzusetzen. Vom Zentrum Kaplan Schindel (Christburg), Propst Pingel, später Ehrendomherr in Frauenburg, wo einst Kopernikus lehrte, als Vertriebener in Köln gestorben, von den Sozialdemokraten Gehl, Löwel und ihre Mitarbeiter, bewährten sich glänzend im Kreise Stuhm. Ohne diese Arbeit wäre der Sieg, bei aller Begeisterung der Deutschen aus allen anderen Parteien, nicht möglich gewesen.

Neben den politischen Parteien haben Organisationen aller Art, im Reich und in den Abstimmungsgebieten, die Heimattreuen Ost- und Westpreußen, die sich sammelten, im Reich und in der Welt, um dort abzustimmen, wo sie geboren waren, der Schutzbund, dem die Beförderung dieser 150 000 unterstand, die Heimatvereine und die Calderongesellschaft, die kulturelle Arbeit leisteten, wesentlichen Anteil an der Arbeit gehabt.

Die Zentralleitung unter Dr. Paul Fleischer, Mitglied des Reichstages, und seines Vertreters Dr. Hans Riegler, jetzt Verleger in Stuttgart, war in Berlin.

Die Polen machten noch im Juni 1920 einen besonders großen Fehler. Sie holten mich auf der Reise nach Berlin ins Auswärtige Amt, in Neustadt im Korridor aus dem Schlafwagen heraus. Sie schleppten mich nach

Lemberg und hofften mich verschwinden zu lassen. Reichsregierung, Botschafferrat in Paris, Reichstag mit einer Rede des Reichsaußenministers, deutsche und Weltpresse begeisterten alle Beteiligten zu noch größerer Arbeit. Nach drei Wochen war ich wieder frei.

Im ostpreußischen Abstimmungsgebiet war die Lage einfacher. Es gab weniger Polen und die Masuren (um 1880 rund 420 000, 1949 etwa 40 000), die einen altertümlichen polnischen Dialekt sprachen, von denen die Polen glaubten, sie seien ihnen eng verwandt, lehnten als Evangelische die Verbindung mit Polen ab. Hier führten im wesentlichen die Heimatvereine den Kampf. Sie wurden geführt von Worgitzki und Marks.

In Allenstein stimmten 334 534 für Deutschland, 7922 für Polen. In Westpreußen 96 895 für Deutschland und 7947 für Polen.

Einen so großen Erfolg hatte niemand erwartet. Eine Erleichterung ging durch Deutschland. Die Selbstbestimmung hatte gesiegt.

## Volk ohne Heimat

Von Bruno Kuster, Genf

Als in biblischen Zeiten die Juden aus Palästina vertrieben wurden, womit ihre Jahrtausende dauernde Heimatlosigkeit begann, gab es noch keine internationale Flüchtlingshilfe. Seit einem Jahrzehnt sorgt die UNO für eine Million arabischer Flüchtlinge, die das heutige Israel verlassen haben. Es stellt der Völkergemeinschaft ein gutes Zeugnis aus, daß sie sich dieser Menschen angenommen hat, aber man muß sich heute doch fragen, wie lange dieser unhaltbare Zustand noch andauern soll. Gegenwärtig sind die Palästinaflüchtlinge ein Volk ohne Heimat, ohne Existenzgrundlage und ohne Zukunft.

Die UNRWA, das Hilfswerk der UNO für die Palästinaflüchtlinge, wendet im Jahr 140 Millionen DM für Unterkunft, Verpflegung und Schulung dieses Volkes auf, von dem 40 Prozent unter fünfzehn Jahre alt sind. Jährlich werden 30 000 Palästinenser volljährig, während die UNRWA nur etwa tausend eine berufliche Ausbildung zuteil werden lassen kann. Wird nicht bald eine Lösung für die Eingliederung dieser Flüchtlinge in das Leben der Gastländer oder anderer Staaten gefunden, entwickelt sich eine Bevölkerung, die mehrheitlich in der Emigration geboren ist, aber nie die Möglichkeit erhielt, sich mit eigenen Anstrengungen den Lebensunterhalt zu erwerben. Zudem stellt die UNRWA — wohl mit einiger Besorgnis — fest, daß sich „ihr Volk“, nicht zuletzt dank der vorbildlichen ärztlichen Betreuung durch die Weltgesundheitsorganisation, sehr schnell vermehrt. Die Bevölkerungszahl ist im Verlaufe von zehn Jahren um etwa 15 Prozent gestiegen!

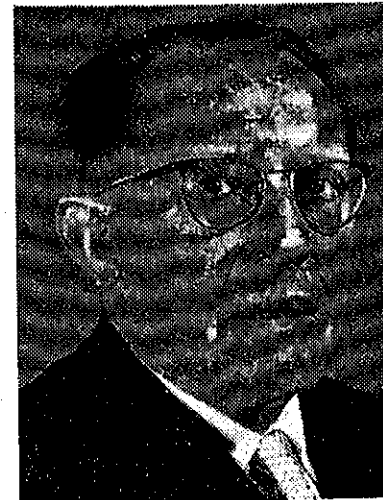
Auch wenn man durchaus anerkennen muß, daß die Aufnahmeländer selbst nur über ganz bescheidene Mittel verfügen, um dieses Flüchtlingsvolk zu „integrieren“, so spielen doch zweifellos auch politische Absichten, die an einer definitiven Bereinigung dieses betrüblichen Kapitels keineswegs interessiert sind, eine beträchtliche Rolle.

Die UNRWA, deren Mittel aus freiwilligen Regierungsbeiträgen gespeist werden, konzentriert ihre Anstrengungen deshalb auf den Ausbau ihres beruflichen Ausbildungsprogramms, um möglichst vielen Jugendlichen den Weg in das selbständige Erwerbsleben zu erleichtern. In eigenen Fachschulen werden Maurer, Klempner, Radiotechniker, Mechaniker und Schmiede ausgebildet — Berufe, nach denen in den arabischen Ländern eine große Nachfrage besteht. Die UNRWA sollte aber finanziell in die Lage versetzt werden, diese Tätigkeit ganz entscheidend zu verstärken, denn allein der Bau und die Einrichtung einer Gewerbeschule für 200 Schüler kosten über zwei Millionen Mark.

In den fast unfruchtbaren, sonnedurchglühten Gebieten Jordaniens, im Gazastreifen und im Libanon fristet ein Volk ohne Zukunft eine kümmerliche Existenz. Es könnte für die arabischen Länder zu einer unschätzbaren Kraft im wirtschaftlichen Aufbauwerk werden, wenn sich die verantwortlichen Politiker entschließen wollten, selbst vorwärts zu blicken, anstatt alte Ressentiments zu pflegen. Die Hilfstätigkeit der UNRWA verdient alle Unterstützung, auf die sich auch von privater Seite angewiesen ist, aber sie erlangt ihren vollen Sinn erst dann, wenn ihr vermehrt Gelegenheit geboten wird, aus Flüchtlingen wieder selbständige Menschen zu machen.

## Lastenausgleich beschleunigt durchführen!

Von Richard Reitzner, MdB



Hilfe und Solidarität sollten eine selbstverständliche Pflicht sein. Wo das nicht der Fall ist, muß energisch daran erinnert werden. Die Bedürfnisse der sozial Schwachen dürfen nicht hinter den Wünschen der wirtschaftlich stärkeren Einzelinteressen zurückstehen, wie es in der Bundesrepublik oft der Fall ist. Dabei sollte keine Geschädigtengruppe gegen die andere ausgespielt werden oder sich ausspielen lassen. In besonderem Maße muß unsere Bereitschaft, zu helfen, den Flüchtlingen aus Mitteleuropa gelten. Die Einheit der Deutschen als Nation zu wahren, ist eine Aufgabe, der wir uns auch sozial verpflichtet fühlen müssen. Diese Pflicht ist leider noch viel zu wenig im Bewußtsein der Deutschen verankert. Das politische Einzelschicksal der Sowjetzonenflüchtlinge wird jetzt

immer stärker zu einem Gruppenschicksal. Für sie muß eine Reihe von Sondermaßnahmen hinsichtlich der Unterbringung und Eingliederung gesetzlich geschaffen werden.

### Eingliederung systematisch fortsetzen

Obwohl die Bilanz der Eingliederung heute besser ist, als wir es uns 1950 vorstellten, ist das Sozialbild der Vertriebenen und Flüchtlinge im Verhältnis zu den Altbürgern stellenweise noch recht ungleich. Wir müssen daher die Eingliederung systematisch fortsetzen und gleichzeitig versuchen, die Entschädigungsseite des Lastenausgleichs zu beschleunigen. Unter anderem kann von den Flüchtlings- und Vertriebenenbetrieben erst ein kleiner Teil in seiner Existenz als gesichert bezeichnet werden. Die Gesundung der inneren finanziellen Struktur ist notwendig. Mangel an Eigenkapital und der hohe Kapitalbedarf für Investitionen schaffen noch bedeutende Schwierigkeiten. Es bleibt manches zu tun übrig, damit das Erreichte krisenfest wird. So sehr daher die Hilfe für entwicklungs-fähige Länder notwendig ist, so wenig kann man sich mit der Idee befreunden, rückfließende ERP-Mittel ausschließlich für Entwicklungsländer zu verwenden. Ein Teil dieser Mittel muß zur Konsolidierung der Flüchtlingsbetriebe verwendet werden. Die Doppelaufgabe — Eingliederung und Entschädigung — muß den Lebenden zugute kommen. Außerdem hat es seinen ein Gesetz gegeben, das so oft geändert wurde und geändert werden mußte wie das Lastenausgleichsgesetz. Dazu kommen die 62 Rechtsverordnungen, die natürlich den Verwaltungsablauf unerhört erschweren. Der Weg vom Antrag bis zur Auszahlung ist viel zu lang, das Feststellungsverfahren zu schleppend.

Die SPD-Bundestagsfraktion und der Arbeitskreis für Vertriebene und Flüchtlinge beschäftigen sich seit Wochen in vielen Besprechungen mit diesen Problemen. Der Arbeitskreis hat jetzt den Entwurf eines 13. Änderungsgesetzes zum Lastenausgleichsgesetz entworfen. Er sieht im wesentlichen folgende Änderungen vor:

1. Die Hausratsentschädigung soll in der 4. Rate um durchschnittlich zwanzig Prozent in jeder Entschädigungsgruppe erhöht werden:
  - erste Schadensgruppe um 250 DM,
  - zweite Schadensgruppe um 300 DM,
  - dritte Schadensgruppe um 350 DM.
2. Für die Unterhaltshilfe und Kriegsschadenrente werden folgende Verbesserungen verlangt:
  - a) Angleichung an die Rentenerhöhungen und Erhöhung auf: 160 DM (Mann), 80 DM (Frau), 55 DM (Kind).
  - b) Entsprechende Erhöhung der Berufsschadenrente.
  - c) Hineinwachsen auch der Jahrgänge bis 1906 (Männer) bis 1911 (Frauen).
  - d) Ermäßigung der Anrechnungsbeträge bei gleichzeitiger Hauptentschädigung.
3. Für die Schadensgruppen Hauptentschädigung wird ein Anheben der ersten Schadensbetragsgruppe und die Vollausszahlung auf 7200 DM und eine dementsprechende Erhöhung der weiteren Schadensbetragsgruppen um ca. zwanzig Prozent gefordert, die in den höheren Gruppen auf zwölf Prozent herabsinken. In der Endgruppe soll jedoch eine Entschädigung von 6,5 Prozent erhalten bleiben.
4. Die Einheitswerte müssen wegen ihrer niedrigen Festsetzung aus den Jahren um 1935 erhöht werden: Landwirtschaftliche Einheitswerte um ein Drittel, forstwirtschaftliche Einheitswerte um zwei Drittel, Grundvermögenseinheitswerte um ein Viertel und Betriebs-einheitswerte um ein Fünftel.
5. Stichtagsvoraussetzungen sollen erleichtert oder beseitigt werden.
6. Anstrengungen müssen gemacht werden, damit der Lastenausgleich vor 1979 zum Abschluß kommt.

Darüber hinaus hat die Bundestagsfraktion der SPD den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenen-gesetzes eingebracht; demzufolge soll der § 3 des Bundesvertriebenen-gesetzes die folgende Fassung haben:

Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin nach der Besetzung verlassen hat. Weiter sollen aus dem Härtefonds des § 301 insbesondere auch Sowjet-zonenflüchtlinge im Sinne des § 3 und diesen nach § 4 gleichge-stellten Personen berücksichtigt werden.

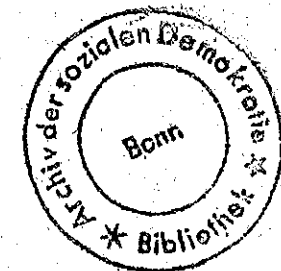
In der letzten Zeit sind wieder Forderungen nach Vollentschädigung für alle Schadensgruppen erhoben worden. Es wäre zu begrüßen, wenn

man die Geschädigten für die unmittelbaren Vermögensschäden schneller und höher entschädigen könnte. Der Weg von der Eingliederung zur reinen Entschädigung wird jedoch von zwei Faktoren bestimmt: Einmal vom weiteren Umfang der Eingliederungsmaßnahmen. Wann die sozia-len Eingliederungsmaßnahmen aufhören, ist nicht genau abzusehen. Diese Maßnahmen müssen aber immer noch verstärkt werden.

### Für höhere Entschädigungen und kürzere Zeiten

Zum anderen muß die Grenze in der Wirtschaftskraft mit anderen notwendigen Staatsaufgaben zusammen gesehen werden. Daß den Möglichkeiten des Lastenausgleichs Grenzen gesetzt sind, ist be-kannt. Man soll aber diese Erkenntnis nicht unbesehen als Klischee über-nehmen. Die heutige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ermög-licht ohne Währungserschütterungen höhere Entschädigungen und kürzere Zeiten für die Durchführung. Auf diese Möglichkeiten wird die SPD-Bundestagsfraktion immer wieder mit Anträgen hinweisen und drängen, damit ein Lastenausgleichsgesetz, das einem Abschlußgesetz nahekommt, verabschiedet wird.

Wir würden es aber auch begrüßen, wenn die CDU/CSU ihre Vorschläge dazu aus der Schublade herausnehmen würde.



# Verzögerungen im Wohnungsbau für Flüchtlinge!

Von Julius Brecht, MdB



In den letzten Monaten sind die neuen Bewilligungen für den sozialen Wohnungsbau nicht nur beträchtlich zurückgegangen, sondern vor allem beim Wohnungsbau für die Zuwanderer aus der SBZ entstehen erhebliche Verzögerungen. Der Rückgang des sozialen Wohnungsbaues, der sich bereits im Ganzen deutlich an den verminderten Bewilligungen, zeigt, wird durch diese Verzögerungen im Sonderprogramm des SBZ-Wohnungsbaues noch erheblich verschärft. Von den im Bundeshaushalt 1960 für diesen Zweck eingesetzten rund 700 Millionen DM ist bisher noch nichts an die Länder verteilt. Soweit diese ihre Bewilligungen nicht auf frühere Zuteilungen oder Bindungsermächtigungen stützen konnten, sind sie nicht in der Lage, die Mittel für neue SBZ-

Wohnungsbauten zu bewilligen. Die Maßnahme stockt allenthalben, da die auf Grund der früheren Bewilligungen genehmigten Wohnungsbauten weitgehend fertiggestellt sind oder jetzt werden. Der Bundeswohnungsbauminister ist zwar durch einen ausdrücklichen Beschluß des Bundestages anlässlich einer Spezialdebatte zu diesem Sonderprogramm verpflichtet worden, die Sondermittel für den SBZ-Wohnungsbau gleichzeitig mit den Mitteln des allgemeinen sozialen Wohnungsbaues an die Länder zu verteilen. Dieser Bundestagsbeschluß wird auch vom Wohnungsbauministerium nicht beachtet und einfach übergangen. Sonst hätten die Mittel schon am Dezember 1959 zugeteilt werden müssen.

Statt dessen wird wieder einmal, wie schon vor Jahren in der gleichen Sache, ein bürokratischer Schriftwechsel zwischen dem Wohnungsbauminister und den Ländern hin- und hergeführt, jetzt seit Oktober des vergangenen Jahres. Bund und Länder können sich wieder einmal nicht darüber einigen, wie die sog. Kanzlerlösung (50 Prozent der Kosten dieses Sonderprogramms trägt der Bund) abgeändert werden soll. Es geht dabei einfach darum, wieviel der Förderungsmittel des Bundes auf Kapitalhilfe und wieviel auf die Gewährung von Zinszuschüssen zu den ersatzweise zu beschaffenden Kapitalmarktmitteln zu verrechnen sind. Sinnvoll wäre, eine solche Frage in einer höchstens dreistündigen Diskussion mit allen Beteiligten zu regeln! Statt dessen gehen jetzt 9 Monate lang Briefe hin und her. Inzwischen hat sich der Kapitalmarkt grundlegend geändert, die ersatzweise aufzunehmenden Kapitalmarktmittel gibt es meist nicht mehr und eine Zinsdifferenz von 5,5 Prozent ist längst unreal, nachdem die Hypothekenzinsen auf 7½ Prozent geklettert sind. Es wird also gar

nicht mehr möglich sein, an der alten Kanzlerlösung viel zu ändern, weil die Zwischenzeit vertan wurde!

Die Leidtragenden dieses grausamen Behörden- und Bürokratenspiels sind die Flüchtlinge, die SBZ-Zuwanderer, die dadurch umsolänger in den Lagern warten müssen, bis sie ihre Wohnungen bekommen können. Nur wenige wissen, daß der Bund den Ländern zuletzt im Dezember 1958 Mittel für diesen Sonderzweck zugeteilt hat. Seitdem warten die Länder auf neue Bewilligungen.

Wenn heute Wohnungsneubauten im SBZ-Programm zu planen, Grundstücke zu beschaffen und die Bauten zu finanzieren sind, ist dies angesichts der Zinsverteuerung am Kapitalmarkt, angesichts der Hypothekenleere und bei den fortgesetzt steigenden Baulandpreisen und der Baulandknappheit viel, viel schwieriger und zeitraubender als im vergangenen Jahr.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß das Wohnungsbauministerium endlich den Behördenstreit mit den Ländern in dieser Sache aufgibt und die im Haushalt angesetzten Mittel so schnell wie möglich verteilt, wie es der Bundestagsbeschluß längst vorschreibt. Gerade in diesen Monaten, wo die alten, früher geförderten Wohnungsbauprogramme auslaufen, wo der soziale Wohnungsbau sowieso erheblich zurückgeht, ist es dringend nötig, mit den weiteren Mitteln dieses Sonderprogramms für einen kontinuierlichen Wohnungsbau zu sorgen. Man kann die Zurückhaltung der Mittel jetzt auch nicht mit konjunkturpolitischen Hinweisen beschönigen. Es gibt dazu sowieso einen Verteilungserlaß, wonach mit dem Mitteleinsatz auf die konjunkturellen Entwicklungen Rücksicht zu nehmen ist.

Bis die Planungen und die so sehr erschwerten Finanzierungen und Landbeschaffungen gesichert, bis die komplizierten Bewilligungsverfahren abgeschlossen sind, wird es jetzt sowieso Winter oder nächstes Frühjahr, bis die Mittel wirksam eingesetzt werden können. Dann sind sie aber auch für den Winterbau und ferner dazu nötig, dem sonstigen bestimmten Rückgang des sozialen Wohnungsbaues entgegenzuwirken. Dazu dürfen die Mittel aber nicht erst im Dezember oder Januar verteilt, sondern dazu müssen sie — auch im dringendsten Interesse der weiteren SBZ-Zuwanderer und Lagerinsassen — schon jetzt ganz beschleunigt den Ländern zugeteilt werden!